

19. Februar 1931 „Die Dreigroschenoper“. Uraufführung des deutschen Tonfilms, nach Bertold Brecht; Musik Kurt Weill in Berlin

24. Februar 1921 Eine Krise im Vorstand der KPD über die Frage des Bündnisses mit Sowjetrußland endet mit der Ablösung der beiden Vorsitzenden Ernst F. Däumig und Paul Levi

28. Februar 1921 90. Geburtstag von Willi Sitte, Maler und Grafiker; 20.02. 2011, 11 Uhr, Eröffnung der Ausstellung Willi Sitte „Liebe, Lust und Erotik“ in der Willi-Sitte-Galerie in Merseburg, Domstraße 15

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

03. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

15. Februar 2011

Soziale Politik gibt es nur mit uns!

Antrag an die 1. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 5. März 2011 in Magdeburg

Liebe Bürgerinnen und Bürger, der Ausgang der Landtagswahl am 20. März wird in wichtigen Bereichen Ihren persönlichen Lebensalltag in den nächsten Jahren prägen. Diese Wahl ist eine Richtungsentscheidung für unser Land. Sie ist vor allem die Entscheidung über die Frage, wem Sie es zutrauen, Ihre Interessen glaubwürdig zu vertreten und dringend notwendige Veränderungen in Sachsen-Anhalt auf den Weg zu bringen.

Wir LINKE sehen die Chancen, die unser Bundesland hat. Wir sind mit Ihnen gemeinsam stolz auf das, was durch Ihre Arbeit und Ihr Engagement in den letzten Jahren hier bei uns geschaffen wurde. Wir sehen aber auch, dass viele von Ihnen Sorgen haben vor der Zukunft und der Ihrer Kinder. Viele arbeiten in prekären Jobs zu Dumpinglöhnen und kommen damit kaum über die Runden. Sie müssen auf Angebote der Bildung und der Kultur verzichten, weil es der Geldbeutel nicht hergibt oder die Einrichtungen in Ihrem Ort bereits geschlossen wur-

den. Kindern wird der Weg zu bester Bildung häufig dadurch verbaut, dass unser Schulsystem zu sehr nach dem Geldbeutel der Eltern entscheidet und zu wenig nach den Begabungen jedes Kindes. Viele ältere Bürgerinnen und Bürger müssen sich in ihrer Mobilität einschränken, weil Busse und Bahnen nicht barrierefrei zugänglich sind oder das Monatsticket nicht bezahlbar ist. Und Sie erwarten zu Recht, dass Sie nicht nur alle paar Jahre am Wahltag mitentscheiden können, sondern Bürgermeinung und Bürgerwille ständig gefragt ist und gefragt wird.

Wir LINKE werden Ihnen nicht versprechen, alle Probleme sofort und auf einmal für Sie lösen zu können. Dafür sind die Bedingungen, unter denen auch wir Politik gestalten müssen, zu schwierig. Und wir wollen diese Probleme auch nicht einfach für Sie, sondern mit Ihnen anpacken. Politik da oben für die Bürgerinnen und Bürger da unten – das war und ist nicht unser Maßstab.

Wir LINKE setzen auf die Kreativität, das Engagement und die Lebenserfahrung aller. Sachsen-Anhalt braucht kluge Köpfe, junge Talente, mutige Existenzgründungen. Sachsen-Anhalt braucht mehr gute Arbeit. Sachsen-Anhalt braucht mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Wir wissen aber, dass es dafür politischer Entscheidungen bedarf, die allen eine Chance auf persönliche Entfaltung, auf Bildung und Kultur, auf eine gut bezahlte Arbeit und auf Mitbestimmung im Ort und im Betrieb auch real geben. CDU und FDP glauben selbst nach der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzkrise daran, dass der Markt alles am besten regelt. Darum verhindern sie im Land wie im Bund gesetzliche Mindestlöhne und mehr Mitbestimmung. Darum setzen sie auf Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, wie Krankenhäuser oder Verkehrsbetriebe. Am Ende dieser Politik steht das Recht des Stärkeren, also derer, die es sich leisten können. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bleibt dabei auf der Strecke.

weiter auf Seite 4

3 Fragen an unsere Direktkandidaten

Ich denke da an wirklich mehr konkrete Mitbestimmung vor Ort.

Warum soll die CDU-geführte Landesregierung abgewählt werden?

Wir brauchen Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten, längeres gemeinsames Lernen, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, mehr Möglichkeiten der direkten Einflussnahme auf Entscheidungen, ein ökologisches Handeln und schließlich mehr soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe für jede und jeden. Mittels einer Änderung im Vergabegesetz wäre auch ein Mindestlohn möglich. Das alles ist mit einer CDU-geführten Landesregierung nicht machbar. Das haben die letzten Jahre gezeigt.

Genossin Krischok, du forderst seit längerer Zeit „mehr Demokratie für die BürgerInnen“. Wie konkret soll das sein?

Ich denke da an wirklich mehr konkrete Mitbestimmung vor Ort. Das könnten z. B. so genannte Stadtteilräte in Städten mit mehr als 90000 Einwohnerinnen und Einwohnern sein. Dazu haben wir in der AG Öffentliche Sicherheit bereits 2006 ein Konzept erarbeitet. Hier einiges davon in Kürze: Stadtteilräte sollten gekoppelt mit dem Stadtrat gewählt werden, sind aber mit weniger Leuten und auch Kompetenzen ausgestattet. Dafür wohnen sie jedoch genau vor Ort, d. h. in ihrem Stadtteil. Sie sollten entscheiden können, wie der Park, die Grünanlage oder der Spielplatz aussehen sollen. Oder aber welche Straße zuerst saniert werden muss und welche Begegnungsstätte wo

und mit welchem Angebot notwendig ist.

Mitbestimmen heißt für mich, auch bei den Fragen zum städtischen Haushalt Mitspracherecht zu haben. Seit Jahren diskutieren wir in unserer Partei das Modell „Bürger-Haushalt“. In Berlin-Lichtenberg gibt es damit gute Erfahrungen. Die Verwaltung stellt Zahlen und Vorhaben bereit und in Beratungen vor Ort können Einwohnerinnen und Einwohner Empfehlungen abgeben zur Notwendigkeit von Bauvorhaben und Prioritätenlisten werden demokratischer erstellt. Zum Schluss stimmt zwar der Stadtrat über den Haushalt ab, aber ich denke, dass die Stadträtinnen und Stadträte sehr wohl auf die Wünsche ihrer Wählerinnen und Wähler hören.

Außerdem sollten die Quoren für Volksentscheide gesenkt werden. Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ist weniger geworden. Deshalb sollte die Gemeindeordnung entsprechend angepasst werden.

Im Stadtrat von Halle engagierst du dich als sachkundige Einwohnerin und bist in den Aufsichtsräten der Saalesparkasse und des Multimediazentrums (MMZ).

Im Jahresabschluss 2009, dem der Stadtrat am 29.09.2010 zugestimmt hat, gibt es 500.000 Euro Verlust bei einer Bilanz von 31 Millionen Euro. Am 24.11.2010 hat die SPD eine Beteiligung des Landes vorgeschlagen. Woher kommt der Verlust des MMZ und wie stehst du zu dem Vorschlag der SPD?



Marion Krischok

Als Erstes zum SPD-Vorschlag. Ich bin unbedingt für eine Beteiligung des Landes an dem Multimediazentrum, so wie das in anderen Ländern üblich ist. Jedoch wurde vom Land bereits signalisiert, dass das nicht geschehen wird. Das MMZ ist ja insbesondere ein Haus für junge Unternehmen der noch relativ neuen Multimediabranche, die sich dort für bis zu 8 Jahre bei moderater Miete entwickeln können und somit eine Hilfe beim Aufbau ihres Unternehmens haben. Sie können die Infrastruktur des Gebäudes nutzen. Es entstehen Synergieeffekte und Netzwerke. Neben der Kinotonmischung, dem Kinosaal gibt es auch Ausstellungsräume. Jetzt ist gerade „In der Zukunft leben“ zu sehen. Im letzten Jahr gab es die erste 3D-Aufzeichnung. Im MMZ befinden sich neben der MLU mehr als 40 Unternehmen mit zeitweise bis zu 600 Beschäftigten. Das futuristische Gebäude – wie ich es gern nenne – ist von dem Architekten sehr weiträumig mit vielen so genannten Verkehrsflächen entworfen worden. Damit entstehen hohe Betriebskosten sowohl für die klei-

nen und mittelständischen Unternehmen als auch für das MMZ selbst. Durch Nachinvestitionen sollen neben einer Energieoptimierung auch weitere Gebäudeteile erschlossen werden, womit Voraussetzungen für andere Veranstaltungen geschaffen werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise machte ebenfalls am MMZ nicht halt, wodurch Projekte nicht kamen. Besonders die hochmoderne Kinotonmischung – hier wurde zum Beispiel der Film „Der kleine Eisbär“ vertont – war nicht so gut ausgelastet.

Übrigens waren die vom Stadtrat beschlossenen 1,2 Mio. Euro Mehraufwendungen beim Bau des MMZ. Solche Mehraufwendungen bzw. nicht förderfähigen Dinge sind auch bei anderen Bauten üblich.

Der Aufsichtsrat will sich in Kürze mit der strategischen Ausrichtung des MMZ beschäftigen, damit es zukunftssicher betrieben werden kann. Laut mittelfristiger Planung wird die Stadt aber jährlich 90.000 Euro Zuschuss geben müssen und selbst das ist ein mutiger Ansatz. Ich hoffe, dass es weiterhin gelingt, neue Unternehmen ins MMZ zu bekommen und die vorhandenen auch nach den maximal möglichen 8 Jahren in Halle zu halten.

Die Fragen stellten G. Naumann / M. Böttcher



Gesehen:

ARD-Fernsehserie „Weissensee“:

Nach allem, was im Vorfeld über diese Serie zu lesen ist, krankt sie an den gleichen Problemen, die bislang noch jeder Film hatte, dessen Handlung in der DDR spielen soll. Ich betone soll, denn bereits in Jahren vor 1989 gesendeten Filmen wie „Mein Leben selbst bestimmen“, „Meine wunderbaren Jahre“ und als besonders krasses Beispiel das nun von keinerlei Sachkenntnis getriebene Hitchcock - Machwerk „Der zerrissene Vorhang“ enthalten zwar sehr viele Klischees, haben aber mit erlebtem und gelebtem Leben recht wenig zu tun. Da lauert an der einen Ecke ein Scherge oder zu mindestens ein Zuträger der Staatssicherheit und an der nächsten ein ehrenhafter Widerständler, bei dem man nie genau erfährt, welchen triftigen Grund er eigentlich für seine Gegnerschaft zum System hat. Wer in die Kirche geht, bekommt Schwierigkeiten und der größte Traum jeder Bürgerin und jedes Bürgers, Verzeihung, die DDR hatte da natürlich keine solchen, sondern allenfalls Bewohner, ist die „Westreise“ und so geht es munter weiter. Staats- und natürlich erst recht Parteifunktionäre sind ungebildet, dumm und überheblich, mehr als Phrasendreschen können sie nicht. Damit das Ganze wenigstens geografisch einigermaßen echt wirkt, sächseln selbstverständlich alle, mit Ausnahme jugendlicher Schauspieler, denen der sächsische Dialekt nicht geläufig ist. Die DDR wird nicht so dargestellt, wie sie war, sondern wie sie nach politik- und propagandaoffizieller Auffassung zu sein hatte. Da werden Begriffe wie „Einheit“ und „Vereinigung“ zur Phrase und es bleibt das Geheimnis der Regierenden, wie mit einem als so miserabel dargestellten Staat eine Vereinigung möglich gewesen sein soll.

Ein weiteres Problem besteht in der Unfähigkeit und im Unwillen der bundesdeutschen Politik, das eigene System kritisch und selbstkritisch zu sehen, wodurch auch jede Kritik von außen, und sei sie noch so berechtigt, abgeblockt wird. Selbst bei einem Lustspiel wie „Das Spukschloß im Spessart“, wo in einigen Szenen die Wiederaufrüstung und Dominanz einstiger Nazi-Juristen in der Justiz aufs Korn genommen werden, dauerte es, bis der Film in der BRD gezeigt werden durfte. Das geschieht erst recht, wenn es sich um in der DDR gedrehte Filme handelt - bei „Ohne Kampf kein Sieg“, „Gewissen in Aufruhr“ oder „Rottenknechte“ lässt der mdr dann eben ganz einfach die betreffenden Teile weg, andere wie „Zwei Briefe an Pospischil“ oder „Irrlicht und Feuer“ nach dem Roman von Max von der Grün werden gleich gar nicht gesendet. Ob „Weissensee“, „Masserberg“ und was auch immer - mich würde vielmehr interessieren, wann die, auch filmisch, kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit den schwarzen Seiten bundesdeutscher Vergangenheit beginnt, beim rigorosen politischen Strafrecht zwischen 1949 und 1968 angefangen. Über „Radikalenerlass“, auch als Berufsverbotspraxis bekannt oder Abstrafung von Gegnern der NATO-Hochrüstung 1982, können wir ja später reden...

H.-J. Weise in der „UNZ“ 20/2010.

Soziale Politik gibt es nur mit uns!

von Seite 1

Wir als LINKE wollen stattdessen ein Land für alle! Dafür bedarf es einer anderen Politik – hier im Land und im Bund gleichermaßen. Darum kämpfen wir um Ihre Stimmen für DIE LINKE. Wir brauchen klare Mehrheiten im Parlament und außerhalb. Klar ist darum: Am 20. März heißt die Alternative: Mehr soziale Gerechtigkeit oder Marktgläubigkeit, LINKE oder CDU – Wulf Gallert oder Reiner Haseloff.

Nur eine starke LINKE, die von Ihnen soviel Unterstützung bekommt, dass andere nicht mehr einfach daran vorbei kommen, wird einen Politikwechsel möglich machen. Und ja, wir als LINKE wollen mit Wulf Gallert den Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt stellen und die nächste Landesregierung führen. Einige meinen, dies wäre nicht tragbar und verweigern sich damit einer anderen Politik. Wir sind überzeugt, dass wir in den vergangenen Jahren – ob als Bürgermeisterin oder Landrat vor Ort, ob in den Gemeinderäten oder im Landtag als Abgeordnete, ob in der Tolerierung oder als Opposition gegen die CDU-Regierungen – unsere bodenständige Politik und unsere Verlässlichkeit unter Beweis gestellt haben.

Wir haben in unserem Wahlprogramm unsere Vorhaben für die nächsten fünf Jahre beschrieben. **Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller.** Wir wollen gute Bildung und ein vielfältiges kulturelles Angebot für alle Kinder, wir wollen gesetzliche Mindestlöhne statt Dumpinglöhne. Wir wollen einen starken öffentlichen Dienst mit genügend Lehrerinnen und Lehrern, Polizistinnen und Poli-

zisten, damit sie ihre wichtigen Aufgaben für die Allgemeinheit auch wirklich erledigen können. Wir wollen Armut bekämpfen und Reichtum begrenzen. Darum wollen wir endlich eine Landesregierung, die im Bund auch die Interessen unseres Landes spürbar vertritt, anstatt sich daran zu beteiligen, Bestverdienende immer wieder zu schonen. **Dafür steht Wulf Gallert, unser Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten.**

Es gibt viele gute Gründe, am 20. März beide Stimmen für DIE LINKE abzugeben u.a.:

- (1) die Wiedereinführung des Rechts auf ganztägige Betreuung in den Kitas für alle Kinder,
 - (2) die Beendigung der sozialen Schiefelage im Bildungssystem durch längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung jedes Kindes,
 - (3) ein gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in den Kitas und Grundschulen,
 - (4) eine stärkere Tarifbindung und gesetzliche Mindestlöhne, insbesondere durch ein Vergabegesetz öffentlicher Aufträge,
 - (5) einen öffentlichen Dienst, der eine Zukunft hat und jungen Menschen eine Perspektive bietet,
 - (6) den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der im Gegensatz zur Bürgerarbeit einen wirklichen Ausweg aus Hartz IV bietet,
 - (7) starke und handlungsfähige Städte und Gemeinden,
 - (8) einen Ausbau der Möglichkeiten direkter Demokratie,
 - (9) die flächendeckende Einführung von Sozialtickets für Bus und Bahn sowie
 - (10) den Vorrang für erneuerbare Energien und Klimaschutz.
- Dies alles ist mit einer CDU-ge-

fürten Regierung nicht machbar. Das hat sie in ihrem Wahlprogramm eindeutig festgelegt. Darum entscheiden Sie mit Ihrer Stimme darüber, ob mit einer starken LINKEN diese Projekte für unser Bundesland angepackt werden können, denn: **Dies alles gibt es nur mit uns als Wahlsieger.**

Der Ausgang unserer Landtagswahl wird auch ein Zeichen nach Berlin senden. **Widerstand gegen die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung ist bitter nötig.** Die Politik der ständigen Rentenkürzungen, des Lohndumpings, der Privatisierung von Gesundheit und Pflege, der Kürzungen in den Kassen der Gemeinden und Länder, der Geschenke an die Atomlobby braucht ein starkes Gegengewicht in den Ländern.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, in 15 Tagen wird in Sachsen-Anhalt gewählt. Sie sind aufgerufen, über die politische Richtung unseres Bundeslandes zu befinden. **Wie immer Sie sich entscheiden: Wählen Sie demokratisch!** Die Neonazis der NPD kommen dieser Tage sehr oft als brave Biedermänner daher. Ihre Gesinnung der Ausgrenzung der Schwachen und des Fremden, der Abwicklung jeder Demokratie haben sie damit nicht abgelegt. Wir sagen: Keine Toleranz für Rechts extremismus und Ausländerfeindlichkeit! Keine Nazis in den Parlamenten! Wir als LINKE haben Ihnen unser politisches Angebot unterbreitet. Wir haben uns bewusst auf Schwerpunkte konzentriert und die Finanzierbarkeit nicht aus den Augen verloren.

Eine gerechtere Politik gibt es nur mit Ihrer Stimme für DIE LINKE. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Es ist Ihre Wahl!

Jahresauftakt in Südost

Am 2. Februar hatte der Humanistische Regionalverband Halle-Saalkreis e. V. zum Neujahrsfest eingeladen.

Die Dachorganisation als Humanister Verband Deutschlands e. V. (HVD) ist ein wichtiger Zusammenschluss von Bürgern in unserer sozial rauen Gesellschaft. Er steht für Lebensentwürfe und die geistige Ausrichtung des Alltags im Sinne der Menschlichkeit. Er kann in Anspruch genommen werden bei weltlichen Namens-, Jugend- und Trauerfeiern sowie bei Hochzeiten. Der HVD ist unter anderem auch der Träger für das Schulfache Lebenskunde. Der Lebenskundeunterricht ist die übergreifende Alternative zum Religionsunterricht der Evangelischen und Katholischen Kirche sowie Islamischen Förderung. Zahlreiche Vorträge und Bildungsveranstaltungen zielen auf die Förderung von Aufklärung, Toleranz und Selbstbestimmung und die damit im Zusammenhang stehende Einhaltung der Menschenrechte in der Gesellschaft.

Als Jahresauftakt war ein geselliger Nachmittag organisiert. Mit Sekt wurde auf den Rest des Jahre und das Gelingen der kommenden Aufgaben angestoßen. Ein Musiker am Keyboard spielte zu Kaffee und Kuchen unterhaltsame Melodien. Im Anschluss wurde noch ein feines Kulturprogramm von Kindern und Jugendlichen des Musikinstrumententenkabinetts dargeboten, das ist eine Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendliche zum Erlernen eines Musikinstrumentes im dortigen Haus.

Bei einem Blick in das Programmangebot werden noch viele weitere Aktivitäten, Initiativen und Hilfen ersichtlich.

Der Regionalverband ist in der Gustav-Bachmann-Straße 33 in einem kleinen Kulturhaus zu finden. Für erste und kurze Anfragen steht auch die Telefonverbindung (0345) 131 94 73 zur Verfügung.

hajo

Bundeswehr bald „Einsatzarmee“ ?

2010 erklärte die Bundeskanzlerin den deutschen Soldaten in Afghanistan, dass sie „im Krieg“ stehen. Die Mehrheit des Bundestages hat im Januar 2011 der Verlängerung des Bundeswehreinsetzes um ein weiteres Jahr zugestimmt. Nicht in unserem Namen! Wir fordern: Schluss mit dem Kriegseinsatz deutscher Soldaten! Bundeswehr raus aus Afghanistan!

2011 beabsichtigt die Regierung den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer „Einsatzarmee“. Damit verbunden ist eine fundamentale Änderung der Militärdoktrin der BRD. Sollen nun deutsche Soldaten zu „Exportartikeln“ werden? Soll die Bundeswehr „zum Einsatz in den Krisenherden in aller Welt“ bereit sein? Mit UN-Auftrag oder ohne UN-Auftrag, mit Blauhelm oder ohne Blauhelm, mit NATO-Unterstützung oder ohne NATO?

Bei der Suche nach einer Antwort scheint DIE LINKE in Berlin nicht einer Meinung zu sein (siehe ND 23./24.10.2010 oder 1.11.2010). Die einen bestehen auf einer konsequenten Antikriegspolitik inklusive der Auflösung der NATO. Andere fordern „etwas mehr Weitblick“ und „transformatorische Überlegungen“ – was immer das heißen mag. Wiederum andere sehen die Gefahr einer „schleichenden Entwicklung hin zu Befürwortung von Kriegseinsätzen“. Im Entwurf des Parteiprogramms steht bei der Auflistung der Ziele „Frieden und Abrüstung“ unter 11 aufgeführten Punkten an neunter Stelle. Ob das der Sache angemessen ist, darüber lässt sich wohl streiten.

DIE LINKE ist als Antikriegspartei in der BRD bekannt. Dabei sollte es bleiben. Die von der Regierung angestrebte neue Zielstellung für die Bundeswehr ist mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren. Folglich wird die Regierung eine Grundgesetzänderung anstreben. Leisten wir Widerstand! Fordern wir eine breite öffentliche Debatte zu der Frage: Wozu soll die Bundeswehr dienen?

G. Nau

Einladung

zu Musik und Texten
anlässlich des 140. Geburtstages
von Rosa Luxemburg,
gelesen von Peter Sodann,
in das Cafe Neues Theater am
3. März 2011 - 19:30 Uhr

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tändig
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
10.02.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 24.02.2011

Es liegen arbeitsreiche Wochen vor uns.

Liebe Genossinnen und Genossen, heute findet Ihr im "Linken Blatt" die bisher bekannten Termine zur Landtagswahl. Diese Terminliste wird ständig erweitert. Informiert Euch bitte über die Geschäftsstelle oder über unsere Internetseite: www.dielinke-halle.de

Schön wäre es, wenn Ihr zahlreich an den Veranstaltungen teilnehmt, als Stütze für unsere Kandidatinnen und Kandidaten und als Mittler zwischen diesen und Wählerinnen und Wählern aus Eurem Umfeld. Interessant für Internetnutzerinnen- und Nutzer sind auch die Portale:

www.abgeordnetenwatch.de und www.halle-waehlt.de

Auf Abgeordnetenwatch könnt Ihr auch Fragen an die Direktkandidatin Marion Krischok (Wahlkreis 39) und die Direktkandidaten Uwe-Volkmar Köck (Wahlkreis 36), Hendrik Lange (Wahlkreis 37) und Swen Knöchel (Wahlkreis 38) stellen. Bitte macht auch davon regen Gebrauch und vor allem werbt auch bei Bekannten, Freundinnen und Freunden und in der Nachbarschaft dafür, denn unsere Partei lebt von der

direkten Bürgerbeteiligung und wünscht diese ausdrücklich und dass nicht nur in Wahlkampfzeiten.

Am 25. und 26. Februar von 10.00 – 13.00 Uhr wird es in Halle–Neustadt die ersten zwei Infostände geben. Eine Übersicht zu den Infoständen werden wir im nächsten "Linken Blatt" veröffentlichen. Auch hier werden wir Eure Unterstützung benötigen. Es liegen also arbeitsreiche Wochen vor uns, aber mit Geschlossenheit, Mut und Tatendrang werden wir unser Ziel, stärkste Partei im Landtag von Sachsen-Anhalt zu werden, erreichen können. MB

Termine Termine Termine

- | | |
|--------------------|--|
| 17. Februar | 17 Uhr , Öffentliches Wahlforum des Basisverbandes Halle-Nord, Sekundarschule „Johann Christian Reil“, Ernst-Scheller-Str. 1, Raum 110 |
| 20. Februar | 11-13 Uhr , Moderierte Diskussionsrunde in Form eines Sonntagsbrunch, Frauenzentrum Weibewirtschaft |
| 21. Februar | 15-17 Uhr , Gesprächsrunde mit LandtagskandidatInnen, „Zur Fähre“, Böllberger Weg (Volkssolidarität) |
| 24. Februar | 18 Uhr , Podiumsdiskussion mit KandidatInnen des Wahlkreises 39, Schöpfkelle, Hanoier Straße |
| 24. Februar | 16:30-18:30 Uhr , Wahlforum mit SpitzenkandidatInnen der Parteien zu den Landtagswahlen - eine Veranstaltung der Gewerkschaft ver.di, (Anmeldung über Fax 03452149700 oder petra.lutz@verdi.de) |
| 25. Februar | 15 Uhr , Wählerforum der AWO, Sozial- und Kultur-Zentrum der Volkssolidarität; Hettstedter Straße, Halle-Neustadt |
| 28. Februar | 19 Uhr , Gesprächsrunde der SpitzenkandidatInnen - MZ-Forum |
| 01. März | 19:30 Uhr , Podiumsdiskussion mit KandidatInnen des Wahlkreises 39, Luthergemeinde, |

Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen gibt es nur mit uns.

DIE LINKE.

www.abgeordnetenwatch.de

Der Informationsfluss ist das Entscheidende.



Dr. Uwe-Volkmar Köck

Uwe, Du hast Dich bei der letzten Aufstellung der Kandidaten als „Dinosaurier“ der Kommunalpolitik bezeichnet. Seit 1990 engagierst Du Dich als Stadtrat.

Welche Themen sind Dir besonders wichtig?

Weil „Dinosaurier“ so außerordentlich interpretationsfähig ist, gemeint war die Dauer der Zugehörigkeit zum Nachwende-Stadtrat vom Tag 1 an. Wir sind nur noch 5 Dinosaurier: Hanna Haupt (SPD), Frank Sänger (CDU) und von unserer Fraktion neben mir Ute Haupt und Uwe Heft. Meine Themen waren und sind die Stadt- und Regionalentwicklung in all ihren Facetten, Umweltfragen und kommunale Betriebe. Aber wie das Abgeordnetenleben so spielt, habe ich auch schon im Vergabeausschuss gedient. Die sich aus der demographischen Entwicklung ergebenden Anforderungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung bewegen mich gegenwärtig am meisten.

Du bist auch Landtagsabgeordneter. Wo siehst Du aktuelle Synergieeffekte der Kommunal- und Landtagsarbeit?

Der Informationsfluss ist das Entscheidende. So bekommt der Landtag mit, wie seine Gesetze auf kommunaler Ebene sich auswir-

ken und wo gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

Derzeit wird in Halle, letztlich begründet auf einem Antrag der Stadtratsfraktion, das Verkehrspolitische Leitbild überarbeitet.

Was müsste aus Deiner Sicht vor allem neu angepackt werden?

Unsere Verkehrspolitischen Leitlinien sind noch immer nicht die schlechtesten, schwierig war, sie bei allen Entscheidungen auch konsequent zu beachten. Als Fraktion und Stadtverband haben wir kon-

zeptionell Vorlauf. Deshalb drängen wir auf ein Mobilitätskonzept wie fördere ich, dass die Ortswechsel der Bevölkerung und der Wirtschaft effizient und umweltverträglich erfolgen. Ganz besondere Aufmerksamkeit muss den Mobilitätswünschen der Älteren gelten. Stadt der kurzen Wege und ein attraktiver ÖPNV waren und sind entscheidende Komponenten. Halle sollte sich für Fahrrad-Elektromobilität entscheiden. Die Idee der EVH, E-Fahrräder für Schnupperkurse auszuleihen, ist toll!

Das Interview führte Ute Haupt.

Die Politiker
einmal in den Skat
drücken können!

Wann: Aschermittwoch

09.03.2011 ab 17.00 Uhr

Ort: Ernst-Haeckel-Weg 5

Wahlkreisbüro Dr. Köck

DIE LINKE.

Weitere Informationen: ☎ 2 94 18 63

Mit dem Blatt wird gespielt!

